

Kurzfassung: War die Sowjetunion „staatskapitalistisch“ und „sozialimperialistisch“?

Thanasis Spanidis

Hierbei handelt es sich um die Kurzfassung der längeren Untersuchung zur Theorie des „Staatskapitalismus“ und „Sozialimperialismus“ der Sowjetunion. Diese Kurzfassung richtet sich an Leute, die sich über die grundlegenden Argumente gegen diese Thesen einen Überblick verschaffen wollen, ohne die gesamte Analyse lesen zu müssen. Die tiefer gehende Analyse des ökonomischen und politischen Systems der Sowjetunion und die umfangreichen Literaturangaben dazu finden sich dagegen nur in der Langfassung des Artikels. Besonders Lesern, die mit der hier vertretenen These – die Sowjetunion war auch nach 1956 weder „staatskapitalistisch“, noch „sozialimperialistisch“, sondern sozialistisch – nicht übereinstimmen, wird das Lesen der Langfassung empfohlen.

1. Einleitung

Über 70 Jahre lang war die Existenz der UdSSR eine der entscheidenden Rahmenbedingungen der Weltpolitik, d.h. des Klassenkampfes auf internationaler und nationaler Ebene und der Politik der kommunistischen Parteien. Die Zerschlagung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten ab 1989 kam sowohl für die Kommunisten, als auch für die westlichen Imperialisten unerwartet und stürzte die kommunistische Bewegung in eine tiefe Krise, von der sie erst begonnen hat, sich zu erholen. Bis heute ist die Frage, wie die Sowjetunion einzuschätzen ist, ob sie zu verteidigen oder gar zu bekämpfen ist, eine zentrale Frage für die kommunistische Bewegung. Für diese Frage ist wiederum entscheidend, ob die Sowjetunion als sozialistischer Staat oder im Wesentlichen als eine Variante des Kapitalismus und Imperialismus verstanden werden muss. Während manche trotzkistische Strömungen schon in der Zeit nach Trotzki's Tod begannen, die Sowjetunion als „staatskapitalistisch“ zu bezeichnen, übernahmen die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens in den 1960ern die Auffassung, dass sich in der UdSSR nach dem 20. Parteitag 1956 ein Kapitalismus unter einer neuen Bourgeoisie herausgebildet habe. Als Belege dafür sehen sie die Dominanz bestimmter revisionistischer Auffassungen in der KPdSU ab 1956 und insbesondere die Kossygin-Reform von 1965, die nach ihrer Auffassung endgültig den Kapitalismus wieder eingeführt habe. Der Großteil der kommunistischen Weltbewegung, darunter in der BRD die KPD und später die DKP, hielt dagegen weiterhin daran fest, dass in der UdSSR, der DDR und den anderen Staaten, die sich selbst als „real existierender Sozialismus“ bezeichneten, tatsächlich weiterhin der Sozialismus aufgebaut wurde. Diese völlig gegensätzlichen Standpunkte sollen hier wissenschaftlich untersucht werden.

Dabei wird sich die Analyse hier auf die Sowjetunion beschränken. Zweitens wird sich die Analyse hier auf die zweite Variante der „Staatskapitalismusthese“ beschränken, wonach der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus auf den 20. Parteitag 1956 datiert wird (für eine kurze Behandlung der trotzkistischen Variante, die bereits vor 1956 den Staatskapitalismus“ entdeckte, siehe die Langfassung).

2. Varianten der Staatskapitalismus- und Sozialimperialismusthese

Nach dem Tod Stalins 1953 und dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 ging die Sowjetführung zuerst vorsichtige Schritte in Richtung eines stärker marktbasiereten Steuerungsmechanismus, dem dann 1965 eine umfassendere Reform folgte (siehe nächstes Kapitel). Deshalb sind gewisse politische Kräfte, die sich auf Stalin berufen, aber die Sowjetunion nach 1956 ablehnen, der Ansicht, die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse habe sich in der Sowjetunion in den 50ern ereignet.

Beispielsweise schreibt der „Kommunistische Aufbau“: *„Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Jahr 1956 markiert den Punkt, an dem die politischen Vertreter dieser neuen Ausbeuterklasse – eben die modernen Revisionisten unter Führung Nikita Chruschtschows – ihre Machtergreifung zementierten und ihre Politik offen in Richtung der Wiederherstellung des Kapitalismus entwickelten.“*. Nach ihrer Auffassung entwickelte sich, die „Bürokratie“ zu einer neuen Klasse. Auf dem 20. Parteitag habe dann eine revisionistische Gruppe die Macht übernommen. *„Sie machten aus dem Sozialismus, dem Todfeind des Kapitalismus, einen bürokratischen Staatskapitalismus, der eben nur ein Konkurrent im Wettkampf um die Beherrschung der Welt wurde. Genauso wie es heute Deutschland, die USA, China und Russland sind“*. Es sei *„eine neue Kapitalistenklasse, die die ArbeiterInnen ausbeutete und sich den Mehrwert aneignete, Ausrichtung der Produktion auf den Profit“* entstanden. Der sowjetische Staat *„agiert als Gesamtkapitalist, er eignet sich den Mehrwert an und er verteilt den Mehrwert unter die verschiedenen Angehörigen der neuen Kapitalistenklasse“*. Diese Verteilung des „Mehrerts“ an die „neue Kapitalistenklasse“ habe sich durch hohe Gehälter für die Betriebsdirektoren und die Bindung der materiellen Boni für Direktoren an die Gewinne des Betriebs (s.u.) vollzogen.

Der Gewinn sei zur hauptsächlichen Planvorgabe der Betriebe gemacht worden und ein zunehmender Anteil an den Gewinnen sei in den Betrieben verblieben, statt an den Staat abgeführt zu werden. Zudem seien die Produktionsmittel wieder in Waren verwandelt worden. Es habe aber noch „Überbleibsel des Sozialismus“ gegeben, die erst später beseitigt wurden, u.a. indem die Betriebe nun zu „finanziell eigenständigen Betrieben“ gemacht wurden (Zitate aus: Kommunistischer Aufbau 2016).

Diese Behauptungen stützen sich auf tiefer gehende Analysen wie die Bücher von Willi Dickhut und Bill Bland, die beanspruchen, die Staatskapitalismus- und Sozialimperialismusthesen (SKT und SIT) ausführlicher zu begründen (Dickhut 1988; Bland 1995; für eine Darstellung ihrer Positionen siehe Langfassung).

3. Die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins

Vor 1965 kam es unter Chruschtschow bereits zu einer Reihe Wirtschaftsreformen, die den sozialistischen Charakter der Produktionsverhältnisse untergruben, statt ihn zu vertiefen. Eine umfassende Reform des Wirtschaftssystems fand jedoch erst 1965 mit der sogenannten Kossygin-Reform statt (für eine ausführlichere Darstellung der Reformen vor 1965 siehe die Langfassung).

Die Kossygin-Reform von 1965 veränderte die Mechanismen der Planumsetzung erheblich: Die Zahl der Planziele, die den Betrieben vorgeschrieben wurde, wurde stark reduziert. Der Produktionsoutput, der bisher Hauptindikator der Betriebe gewesen war, bekam nun nur noch eine nachgeordnete Bedeutung (Adam 1989, S. 41; Hanson 2003, S. 104).

Jedem Betrieb wurde eine Steuer auf seine investierten Produktionsmittel auferlegt, um einen Anreiz zum sparenden Umgang mit Investitionsgütern zu schaffen. Diese Steuer musste der Betrieb aus seinem Gewinn entrichten, ebenso wie die Rückzahlung von Zinsen für Investitionskredite der Staatsbank. Zudem wurden drei Fonds in jedem Betrieb geschaffen: Ein Bonusfonds, aus dem materielle Boni für die Arbeiter und Betriebsleitung ausgezahlt wurden; ein Fonds, aus dem der Betrieb soziale und kulturelle Dienstleistungen an seine Arbeiter bezahlte und schließlich ein Entwicklungsfonds, aus dem produktive Investitionen finanziert wurden. Alle drei Fonds waren ganz oder teilweise abhängig von den Indikatoren Warenabsatz (d.h. Verkaufszahlen) und Gewinn oder Rentabilität (Adam 1989, S. 42f). Damit wurden ein erfolgreicher Absatz und die Realisierung eines Gewinns zu den zentralen Maßstäben für den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebs. Die neuen Indikatoren waren aber selbst an die zentral vorgegebenen Pläne gebunden: Die Anreizfonds wurden aus Profiten gespeist, die wiederum von Normen abhingen, die von den Ministerien festgelegt wurden (Schroeder 1971, S. 40). Die Betriebe bekamen zudem das Recht, überschüssige Produktionsmittel zu verkaufen, um damit zusätzliche Investitionen zu finanzieren (Schroeder 1971, S. 44).

Indem die Betriebe die Finanzmittel für die Modernisierung ihrer Anlagen nun selbst erwirtschaften mussten, wurde ein Teil der volkswirtschaftlichen Investitionen von der zentralstaatlichen auf die betriebliche Ebene verlagert, also dezentralisiert. Allerdings mussten diese Investitionen natürlich in die Produktionspläne der Betriebe einbezogen werden. Diese Pläne konnten die Betriebe jedoch nur vorschlagen, sie mussten dann von der übergeordneten staatlichen Behörde bestätigt werden. Sowieso konnten die Betriebe kaum selbst entscheiden, was sie produzierten, weil der Produktmix durch den zentralen Plan vorgeschrieben war und nur das Mengenverhältnis der Hauptgüter im Produktmix von den Betrieben bestimmt werden konnte (Hanson 2003, S. 104).

Außerdem schuf die Reform die Möglichkeit horizontaler Austauschbeziehungen zwischen Betrieben – das heißt, dass die Betriebe untereinander Verträge über Käufe und Verkäufe schließen konnten, also direkt miteinander handelten. Allerdings waren sie dabei an die vorgeschriebenen Planziele gebunden und die Handelspartner wurden vom Plan festgelegt, sodass die Betriebsleitungen also nur in einem sehr begrenzten Rahmen selbst Entscheidungen über solche Handelsbeziehungen treffen konnten (Adam 1989, S. 44). Die Großhandelspreise wurden weiterhin vom zentralen Plan festgelegt und wurden nun so angepasst, dass ein durchschnittlich arbeitender Betrieb Gewinne machen konnte (Hanson 2003, S.103).

Soweit die Theorie. In der Praxis wurde die Reform nur unvollständig umgesetzt und viele Elemente der Reform wurden später wieder rückgängig gemacht. Der Effekt der Kossygin-Reform auf das sowjetische Wirtschaftssystem war politisch und ökonomisch negativ.

Politisch, weil sich damit die revisionistische Auffassung von der „sozialistischen Warenproduktion“ und dem Wertgesetz als Regulator der Produktion im Sozialismus endgültig durchsetzte und in den folgenden Jahrzehnten immer weiter an Einfluss gewann. Ökonomisch aus verschiedenen Gründen ebenfalls. Der wichtigste Grund ist, dass mit der Reform zwei gegensätzliche Prinzipien der Wirtschaftssteuerung, nämlich zentrale Planung und Steuerung durch den Markt, in ständigen Konflikt miteinander gerieten (für mehr Details siehe Langfassung).

4. War die Sowjetunion ab einem bestimmten Zeitpunkt kapitalistisch?

Bei der Kapitelüberschrift handelt es sich um die entscheidende Frage, die der Artikel beantworten will. Marxistisch formuliert besteht die Frage darin, welche ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in der Sowjetunion vorherrschend waren. Waren das die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus oder die einer ganz anderen Produktionsweise?

Der Grundwiderspruch der KPW ist der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte. Das bedeutet, dass im Kapitalismus die Produktion einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang bildet und nur noch als solcher funktionieren kann, aber gleichzeitig das Privateigentum an Produktionsmitteln sich zunehmend als Fessel einer rationalen Anwendung der Produktionsmittel, also für die Entwicklung der Produktivkräfte erweist.

Das ökonomische Grundgesetz der kapitalistischen Produktionsweise (KPW) ist das Mehrwertgesetz: Die Kapitalisten eignen sich durch die Ausbeutung der Arbeitskraft den Mehrwert an und akkumulieren ihn. Die Wirkung dieses Gesetzes wird durch die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten durchgesetzt. Durch die verallgemeinerte Durchsetzung der KPW, d.h. durch das immer universellere Wirken des Mehrwertgesetzes wird auch dem Wertgesetz historisch erstmalig zu allgemeiner Geltung verholfen.

Die Akkumulation des Kapitals ist gleichbedeutend mit der ständigen Konzentration von immer größeren Produktionsmitteln unter demselben Kommando. Ergänzt wird diese Konzentrationstendenz durch die – ebenso zwingend gesetzmäßige – Tendenz zur Zentralisation des Kapitals durch Zusammenschluss kleinerer Kapitale zu größeren Einheiten. Konzentration und Zentralisation schlagen logisch und historisch an einem bestimmten Punkt in das Monopolkapital um, das zu einem gewissen Grad die Preise höher setzen und damit dauerhaft monopolistische Extraprofite durch einen Werttransfer aus den nicht-monopolisierten Sektoren zugunsten der Monopole realisieren kann.

Wenn die Sowjetunion kapitalistisch war, müssten alle diese Gesetze in der sowjetischen Ökonomie gewirkt haben. Mehr als das: Die grundlegende Funktionsweise und Entwicklung der sowjetischen Ökonomie müsste von diesen Gesetzen beherrscht und bestimmt gewesen sein. Die Untersuchung zeigt jedoch, dass dies auf kein einziges dieser ökonomischen Gesetze zutrifft.

Der kapitalistische Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wirkte in der Sowjetunion nicht. Im Sozialismus hat die Produktion, wie schon im reifen Kapitalismus, gesellschaftlichen Charakter, d.h. sie funktioniert nur als gesellschaftlicher Zusammenhang. Allerdings ist im Gegensatz zum Kapitalismus auch die Aneignung gesellschaftlich, da die Produkte dem Staat gehören, der sie wiederum den Bereichen Investition und Konsum zuteilt. Genau das war der Fall in der Sowjetunion: Die Betriebe und ihre Produkte gehörten dem Staat, ihre Verteilung war ebenso wie ihre Produktion einem zentralen, gesamtgesellschaftlichen Plan untergeordnet.

Die Staatsbetriebe gehörten weder den Parteifunktionären noch den Betriebsdirektoren, die von den Vertretern der SKT als „neue Bourgeoisie“ bezeichnet werden. Betriebsdirektoren verwalteten die Betriebe lediglich als deren rechtliche Repräsentanten im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Bestimmungen sowie der Planvorgaben und im Einklang mit den Institutionen der Arbeiterkontrolle. Die Betriebe waren nicht ihr Eigentum, sie konnten über das Betriebsvermögen nicht frei verfügen. Sie konnten die Betriebe nicht verkaufen, nicht an einen anderen Produktionsstandort, in eine andere Branche oder gar in ein anderes Land verlagern und schon gar nicht an ihre Nachkommen vererben.

Die Direktoren selbst wurden vom Staat ein- und wieder abgesetzt und hatten die Funktion leitender Angestellter (Statut über den Sozialistischen Staatlichen Produktionsbetrieb 1966, künftig: Statut 1966, S. 23).

Die Aktivitäten des Betriebs waren im Wesentlichen durch den zentralen Plan vorgeschrieben, wobei die Spielräume für die Direktoren nach 1965 lediglich etwas größer waren. Der Betrieb bekam von der Planungsbehörde Zielzahlen zugewiesen. Er erarbeitete dann Pläne mit verschiedener Zeitdauer für die Erfüllung der Vorgaben. Diese Pläne wurden von der staatlichen Planungsbehörde bestätigt und waren ab dann verpflichtend für den Betrieb. Auch nach 1965 blieb eine Reihe von Planindikatoren also streng verpflichtend für die Betriebe, darunter das Volumen des verkauften Outputs, das Volumen der zentralisierten Investitionen, Ziele für die Entwicklung neuer Technologie, die Zuweisung materieller Inputs der Produktion, Lohnfonds (d.h. die Summe der auszahlbaren Löhne) und der Betriebsgewinn. Nur auf der Grundlage der strikten Einhaltung dieser Vorgaben konnten die Betriebe für andere Ziele unabhängige Pläne erstellen (Bor 1967, S. 33).

Nun sind diese Tatsachen weithin bekannt, weshalb einige Vertreter der SKT Zuflucht nehmen zur begrifflichen Konstruktion eines „Staatskapitalismus“. Dieser sei irgendwie kein normaler Kapitalismus gewesen, da es ja offensichtlich kein privates Kapital gab. Bei Dickhut ist deshalb die Rede davon, dass der Staat als „Gesamtkapitalist“ fungiert hätte. Der Staat eignete sich demnach also den „Mehrwert“ an und verteilte ihn an die „neue Bourgeoisie“ aus Direktoren und Funktionären.

Einen Kapitalismus ohne private Kapitalisten kann es jedoch nicht geben. Die Konkurrenz der Kapitale ist kein Randaspekt der KPW, auf die der Kapitalismus im Sonderfall auch verzichten könnte. Erst in der Wechselwirkung zwischen den miteinander konkurrierenden Kapitalen kann sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als Maßstab des Austausches durchsetzen. Dieser Vorgang, so betont Marx, geschieht nicht bewusst, sondern als

blindwirkendes Gesetz. Die KPW ist somit aufgrund ihrer fundamentalen Gesetzmäßigkeiten notwendigerweise eine *anarchische* Produktionsweise ohne bewusst planendes Zentrum. Eine Abschaffung der Konkurrenz bedeutet hingegen zwangsläufig die Abschaffung des Kapitalismus. Der Staat kann nur als Gesamtkapitalist fungieren, wenn es auch Einzelkapitalisten gibt, deren konkurrierende Einzelinteressen im Staat zu einem Gesamtinteresse zusammengefasst werden. Dies bedeutet eindeutig, dass es einen „Staatskapitalismus“ in diesem Sinne, also ohne privates Kapital, nicht geben kann.

Das Wertgesetz spielte in der sowjetischen Ökonomie nur eine untergeordnete Rolle: in der informellen Schattenwirtschaft, also gerade da, wo die Staatsmacht die Kontrolle verloren hatte; und ansonsten in der geplanten formellen Ökonomie nur insoweit, wie die Produzenten über den Austausch ihrer Produkte selbst entscheiden konnten. Das war jedoch nur sehr eingeschränkt der Fall, da Volumen, Gegenstand und Preise des Austauschs staatlich festgelegt waren: Die Betriebe konnten nach der Kossygin-Reform zwar die Entscheidung selbst treffen, welche materiellen Inputs sie in welcher Menge kaufen wollten, allerdings waren die Preise weiterhin zentral festgelegt. Der Entscheidungsspielraum der Direktoren war auch dadurch eingeschränkt, dass das Volumen der Verkäufe (bis 1965 war es das Volumen der Produktion gewesen), die physischen Mengen der Hauptgüter im Produktmix, die Summe zentralisierter Investitionsfonds, die der Betrieb bekam und viele weitere Elemente weiterhin zentral vorgegeben wurden (Hanson 2003, S. 103). Somit konnten die Betriebe nur selbst entscheiden, *wie genau* sie die Planvorgaben erfüllten, nicht *ob* sie sie erfüllen mussten.

Das Wertgesetz drückt sich darin aus, dass der Wert, also die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit einer Ware ihren Preis bestimmt. In der Sowjetunion waren die Preise, wie bereits erwähnt, Teil des zentralen Plans. Das staatliche Plankomitee Gosplan und das Staatskomitee für Preise gaben allgemeine verpflichtende Regeln für die Berechnung von Kosten und Preisen heraus (Bor 1967, S. 171f). Das Wertgesetz konnte unter diesen Umständen keine vorherrschende, sondern nur eine eindeutig untergeordnete Rolle spielen.

Wurde in der Sowjetunion im marxistischen Sinne ein Mehrwert produziert und verteilt?

In einer zentral geplanten Ökonomie ohne Privateigentum an Produktionsmitteln existiert für die Produktion von Mehrwert keine Grundlage. Denn die Betriebe müssen dann zwar immer noch einen Überschuss produzieren, allerdings ist die Höhe dieses Überschusses geplant und bildet sich nicht über das Wertgesetz, also über die Konkurrenz heraus.

Dieses Mehrprodukt nimmt nur unter ganz bestimmten Bedingungen die Form von Mehrwert an. Nämlich dann, wenn es erstens die Form von Wert hat, also das Mehrprodukt für den Verkauf auf dem Markt produziert wurde, und wenn es zweitens eine Bourgeoisie gibt, die das Mehrprodukt durch fremde Arbeit produzieren lässt, um es sich dann selbst anzueignen. In der Sowjetunion war keine der beiden Bedingungen erfüllt. Der „Profit“ in der Sowjetunion war hauptsächlich eine Rechnungsgröße der Planung und nicht, wie im Kapitalismus, Ausdruck der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere. Um Profit im Marxschen Sinne, als Geldausdruck des Mehrwerts, handelte es sich nicht. Da es in der

Sowjetunion keinen Mehrwert gab, konnte es auch kein „Kapital“ im marxistischen Sinne geben. Es gab keinen Drang zur immer weiteren Akkumulation von Profit als Selbstzweck.

Der Großteil der Investitionen wurde auch nach der Reform weiterhin vom zentralen Plan getätigt. Nur 20% der produktiven Investitionen sollten dezentralisiert, also von den Betrieben selbst getätigt werden, allerdings war es in der Praxis aus verschiedenen Gründen noch weniger. Die restlichen 80% der Investitionen wurden unmittelbar von den Planbehörden getätigt (Schroeder 1971, S. 44). Der „Profit“ der Betriebe diente also im Wesentlichen der Finanzierung des Staatshaushalts und der zentral geplanten Investitionstätigkeit, statt von Privatpersonen angeeignet zu werden. Die Agenturen der zentralen Planung verteilten den produzierten Überschuss eben nicht nach Profitkriterien auf die verschiedenen Branchen und Betriebe, wie es im Kapitalismus zwangsläufig passieren würde, sondern nach dem Kriterium des gesellschaftlichen Nutzens.

Auch das Argument, dass über die Boni die Direktoren sich den „Mehrwert“ angeeignet hätten (Bland 1995, Kapitel 18, Dickhut 1988, S. 123), muss zurückgewiesen werden. Die Direktoren waren, wie gezeigt wurde, Angestellte im staatlichen Wirtschaftsapparat und wurden vom Staat für ihre Arbeit bezahlt. Die Gehälter der Direktoren waren im Durchschnitt höher als die der Industriearbeiter, allerdings nicht wesentlich (für Details zur Einkommensverteilung siehe Langfassung).

Zentrales Kennzeichen der KPW ist, dass die Arbeitskraft in ihr zur Ware wird. Hierin unterscheidet sich der Kapitalismus von anderen ausbeuterischen Produktionsweisen. Im Kapitalismus sind Arbeiter, weil sie kein Eigentum an Produktionsmitteln haben, zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen. Es entsteht ein Arbeitsmarkt, auf dem sich Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft gegenüber treten. Dieser Arbeitsmarkt ist durch die Gesetze der Konkurrenz und durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmt, weshalb die Zahlung der Löhne keinem zentralen Plan folgen kann. In kapitalistischen Ökonomien gibt es strukturelle Arbeitslosigkeit, oder, wie Marx es ausdrückte, eine „industrielle Reservearmee“.

In der Sowjetunion gab es keine industrielle Reservearmee. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit von arbeitsfähigen Menschen war in der Sowjetunion praktisch inexistent, weil das Ziel der Produktion eben nicht der Profit, sondern die Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen war. Deshalb gab es keinen dauerhaften Überschuss an Arbeitskräften, sondern im Gegenteil eine dauerhafte Knappheit. Steigerungen der Arbeitsproduktivität führten nicht wie im Kapitalismus zur Entlassung von Arbeitern ins Elend, sondern dienten dem stetig steigenden Lebensstandard, der Arbeitszeitverkürzung, der besseren Landesverteidigung usw.

Da es in der Sowjetunion also keinen Arbeitsmarkt gab (d.h. keine Konkurrenz unter den Arbeitern trotz freier Wahl des Arbeitsplatzes), sondern einen rechtlich verankerten und real umgesetzten Anspruch auf Arbeit, da die Arbeiter nicht auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft und damit auf die Willkür der Kapitalisten angewiesen waren, sondern ihre Arbeit der Gesellschaft zur Verfügung stellten und dafür mit einem Anteil am ständig steigenden gesellschaftlichen Reichtum „entlohnt“ wurden, kann man nicht davon sprechen, dass die Arbeitskraft eine Ware war.

Die Gesetze der Konzentration und Zentralisation des Kapitals wirkten in der Sowjetunion nicht. Alle Entscheidungen zur Zusammenführung oder Aufspaltung von Produktionseinheiten (beispielsweise die Einführung von Produktionsverbänden) waren rein politische Entscheidungen, die nicht die Erzielung irgendwelcher Monopolprofite, sondern die bessere Planbarkeit der Produktion zum Ziel hatten. Da die Produktionsmittel sich in der Sowjetunion nicht in Kapital verwandelten, jedenfalls nicht in dem Sinne wie Marx diesen Begriff verwendet, da es dementsprechend keine Tendenz zur Konzentration und Zentralisation geben konnte, bildeten sich natürlich auch kein Monopolkapital und keine Monopolprofite heraus. Da die Preise zentral geplant und festgelegt waren und dauerhaft nicht anstiegen, da auch die „Gewinne“ zentral geplant waren, konnte ein Monopolprofit gar nicht entstehen.

Wäre die Sowjetunion kapitalistisch gewesen oder ab einem bestimmten Zeitpunkt geworden, hätte es in ihr zwangsläufig auch zyklische Krisen geben müssen. Allerdings ist die Faktenlage eindeutig: Einen Konjunkturzyklus gab es in der Sowjetunion nicht, Wirtschaftskrisen auch nicht, sondern ein mehr oder weniger lineares Wachstum (für eine grafische Darstellung siehe Langfassung). Diese Feststellung alleine reicht aus, um zu beweisen, dass die Sowjetunion keine kapitalistische Gesellschaft im marxistischen Sinne gewesen sein kann. Wer umgekehrt behauptet, die Sowjetunion wäre kapitalistisch gewesen, sagt damit im Grunde aus, dass ein krisenfreier Kapitalismus möglich ist. Für diese bürgerliche Position gibt es jedoch weder theoretisch noch empirisch irgendeine ernstzunehmende Grundlage.

Das Ergebnis der Untersuchung lässt sich also schnell zusammenfassen: Die Sowjetunion war keine kapitalistische Gesellschaft. Sie war weder „staatskapitalistisch“, noch „bürokratisch kapitalistisch“, noch sonst irgendwie kapitalistisch.

5. War die Sowjetunion „sozialimperialistisch“?

Nach dem Bruch zwischen der KPdSU und der KP Chinas sowie der Partei der Arbeit Albaniens wurde von der chinesischen und albanischen Führung, sowie den an ihnen orientierten politischen Kräften auch die These eines sowjetischen „Sozialimperialismus“ vertreten. Diese These müsste anhand der ökonomischen Struktur der Sowjetunion nachgewiesen werden. Von Imperialismus kann ohne das Monopolkapital nicht sinnvollerweise gesprochen werden, da, wie Lenin gezeigt hat, die Monopole Träger der internationalen Expansion des Kapitals, Ursache seiner Stagnation und Ausdruck der Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise sind. Allerdings wurde bereits oben gezeigt, dass es in der Sowjetunion weder Kapital noch Monopolkapital gab.

Wenn die UdSSR als imperialistisch bezeichnet wird, werden oft noch weitere ökonomische Argumente herangezogen, vor allem die Behauptung einer ökonomischen Ausbeutung anderer Länder. Imperialistische Staaten profitieren aufgrund von monopolistischen Extraprofiten von der Ausbeutung der Arbeit in weniger entwickelten kapitalistischen Ländern. Durch die Monopolstellungen ihres Kapitals und die höhere Produktivkraftentwicklung, zwei eng miteinander zusammenhängenden Faktoren, können sie einen ständigen Werttransfer aus den

weniger entwickelten Ländern in die imperialistischen Zentren bewirken. Um ihre erhöhten monopolistischen Profitraten aufrechtzuerhalten, kämpften die Imperialisten untereinander um Absatzmärkte, billige Rohstofflieferungen und Anlagemöglichkeiten.

Hat nun die Sowjetunion in ihrer „Einflussphäre“ andere Länder ausgebeutet?

Diese Ausbeutung müsste sich vor allem in den Handelsbeziehungen der UdSSR mit den osteuropäischen Ländern nachweisen lassen. Diese Länder waren im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit der Sowjetunion wirtschaftlich integriert und sie waren die wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion. Nun gibt es zahlreiche westliche bürgerliche Studien zu den Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW. Bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler, d.h. politische Gegner der Sowjetunion, konnten allerdings keinerlei Anzeichen einer „Ausbeutung“ Osteuropas durch die UdSSR entdecken. Ganz im Gegenteil herrschte weitgehende Einigkeit unter ihnen, dass in der Tat umgekehrt die Sowjetunion enorme ökonomische Kosten in Kauf nahm, um ihre osteuropäischen Verbündeten zu unterstützen (Crane 1986, 60). In Wirklichkeit beutete also die Sowjetunion ihre Handelspartner nicht nur nicht aus, sondern unterstützte sie mit großem Aufwand ökonomisch: Dies tat sie durch ein Preissystem innerhalb des RGW, das vor allem die osteuropäischen Länder auf Kosten der Sowjetunion begünstigte. Sie tat es aber auch durch andere Mechanismen wie z.B. durch die Vergabe von Krediten zu sehr günstigen Bedingungen. Ähnliches galt auch für andere Verbündete der Sowjetunion wie Kuba, das ebenfalls auf vielfältige Weise ökonomisch unterstützt wurde. Die Sowjetunion exportierte über lange Zeit viel mehr Waren in diese Länder, als sie aus ihnen importierte. Da der Handel in einer nicht konvertiblen RGW-Währung abgewickelt wurde, nutzten der Sowjetunion diese Handelsüberschüsse aber rein gar nichts, sondern waren umfassende ökonomische Transfers hin zu ihren Verbündeten (für eine detaillierte Untersuchung der Handelsbeziehungen siehe die Langfassung).

Wie sahen die Beziehungen der Sowjetunion mit kapitalistischen Ländern aus? Auch an einige unterentwickelte kapitalistische Länder zahlte die Sowjetunion Wirtschaftshilfen. Es handelte sich dabei vor allem um Länder in der Nachbarschaft der Sowjetunion (Indien, Iran, Syrien, Türkei usw.) oder um Länder, deren Regierungen politisch im Gegensatz zu den westlichen Imperialisten standen (Ägypten, Algerien, Chile usw.). Auch hier wurden günstige Kredite vergeben und den Handelspartnern der Sowjetunion vorteilhafte Handelsbeziehungen geboten. Die VR China, die der Sowjetunion „Sozialimperialismus“ vorwarf, verhielt sich hier nicht grundlegend anders.

Die Sowjetunion unterstützte schließlich auf der ganzen Welt Bewegungen, die sich gegen die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und anderen unterdrückten Schichten auflehnten. Sie unterstützte den Kampf des ANC und der südafrikanischen Kommunisten gegen das reaktionäre Apartheid-Regime, einschließlich des Aufbaus bewaffneter Einheiten. Dasselbe galt für die angolische Befreiungsbewegung MPLA, den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus und viele andere Beispiele. Trotz aller Kritik, die man an der Inkonsequenz der sowjetischen Haltung gegenüber den revolutionären Bewegungen auf der Welt üben kann, kann insgesamt keine Rede davon sein, dass die

Sowjetunion diese Bewegungen verraten hätte. In der Regel stand sie an der Seite der Befreiungsbewegungen.

Nimmt man Lenins Imperialismustheorie ernst, dann bedeutet der Imperialismus politisch „Drang nach Gewalt und Reaktion“ (LW 22, S. 273). Der reaktionäre Charakter des Imperialismus nach „innen“ und „außen“ ist in der Tat eine gesetzmäßige Notwendigkeit, weil das Monopolkapital die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck bringt und permanent verschärft. Wäre die Sowjetunion in ihrer gesellschaftlichen Struktur mit den imperialistischen Staaten gleichzusetzen oder lediglich eine „staatskapitalistische“ Variante davon, dann müssten sich bei ihr dieselben politischen Konsequenzen zeigen: die Unterstützung der weltweiten Reaktion auf ganzer Linie und der ständige Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen im eigenen Land. Wie gezeigt wurde, war die vorherrschende Tendenz in der Sowjetunion zu beiden Fragen das genaue Gegenteil. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Sowjetunion keineswegs imperialistisch war.

6. War die Sowjetunion eine „Diktatur“?

Marxisten können an die Frage, ob ein Staat eine „Diktatur“ ist oder nicht, nicht klassenneutral herangehen. In einem grundsätzlichen Sinne ist jeder Staat eine Klassendiktatur und der wesentliche Unterschied zwischen ihnen hängt von der Frage ab, welche Klasse über welche die Macht ausübt. Der Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats und damit die Herrschaft der unmittelbaren Produzenten, der Werktätigen. Sozialismus setzt damit in einem ganz anderen Sinne als die bürgerliche Demokratie, nämlich im Sinne umfassender Kontrolle der Massen über das gesellschaftliche Leben, die Produktion und den Staat, eine demokratische Gesellschaft voraus. Die Sowjetunion, so hören wir dagegen oft, sei aber eine Diktatur gewesen, in der es keine Meinungsfreiheit und keine Demokratie gegeben habe. Maoisten oder andere, entweder an Mao oder Enver Hoxha orientierte Strömungen, vertreten meistens die Position, dass bis zu Stalins Tod in der Sowjetunion das Proletariat die Macht ausübte, aber danach die proletarische Demokratie abgeschafft wurde.

Wir haben gesehen, dass in der UdSSR nach 1956 nicht die Bourgeoisie an der Macht war, da auch gar keine Bourgeoisie existierte. Welche Klasse übte also die Macht aus?

In Wirklichkeit existierten in der Sowjetunion vielfältige Formen der Beteiligung der Massen an der Politik. So wurden die Kandidaten für die Sowjets in den Massenorganisationen aufgestellt und diskutiert, bevor sie in den Wahlen formell bestätigt (oder abgelehnt) wurden. Die Diskussion über fast alle Themen der öffentlichen Politik wurde breit in der Öffentlichkeit geführt, wobei die großen landesweiten Zeitungen eine herausgehobene Rolle spielten. Sie veröffentlichten nicht nur Artikel zu kontroversen Fragen, sondern nahmen jährlich Hunderttausende Leserbriefe mit Kritik oder Vorschlägen entgegen, die an die entsprechenden Adressen weitergeleitet wurden, damit die Kritik umgesetzt werden konnte.

Die Verfassungen der Sowjetunion von 1936 und 1977 entstanden beide durch organisierte Diskussionsprozesse in der sowjetischen Gesellschaft, in die breiteste Massen einbezogen wurden. In den Staatsorganen der Sowjetunion stieg die Beteiligung von Menschen aus

einfachen Schichten, insbesondere aus dem Industrieproletariat und der Bauernschaft stetig an. Gerade die Partei- und Staatsführung setzten sich überwiegend aus Menschen mit proletarischem oder bäuerlichem Hintergrund zusammen.

Die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiterschaft hatte grundsätzlich anderen Charakter als die „betriebliche Mitbestimmung“ in einigen kapitalistischen Ländern. Ein zentraler Mechanismus der Arbeiterkontrolle waren die Gewerkschaften, wobei das von den Arbeitern gewählte Gewerkschaftskomitee umfassende Befugnisse hatte (Höhm/Seidenstecher 1980, S. 27). Das Komitee organisierte Mitgliederversammlungen, Produktionsberatungen und Konferenzen, auf denen die Werktätigen über Aspekte des betrieblichen Lebens berieten. Die Gewerkschaft schloss einen Kollektivvertrag mit der Betriebsleitung, in dem die Arbeitsbedingungen, die Mitbestimmung, soziale und Wohnbedingungen der Arbeiter und viele andere Fragen beschlossen wurden. Über die Ständigen Produktionsberatungen, die in allen größeren Betrieben verpflichtend stattfanden, wurde von den Arbeitern und ihren Organisationen (Gewerkschaftsorganisationen, Parteiorganisationen, Massenorganisationen) an der Ausarbeitung der Produktionspläne der Betriebe und Maßnahmen der Planumsetzung mitgewirkt (Höhm/Seidenstecher 1980, S. 39).

Die Arbeiterkontrolle über die Betriebe wurde damit über eine Vielzahl von Mechanismen organisiert. Sie wurde 1956 nicht abgeschafft, sondern man versuchte sogar, sie weiter auszuweiten.

Sicherlich gab es Mängel in der Ausübung der Arbeiterkontrolle über Staat und Wirtschaft, sowohl was den Buchstaben des Gesetzes als auch was die reale Umsetzung angeht. Im Wesentlichen waren jedoch trotz der genannten Einschränkungen die politischen Institutionen in der Sowjetunion solche, die die Arbeiterklasse sich selbst gegeben hatte, um eine Produktion und einen entsprechenden politischen Überbau in ihrem eigenen Interesse zu schaffen.

7. Welche Produktionsweise herrschte in der Sowjetunion vor?

In den vorherigen Kapiteln wurde dargelegt, warum die Sowjetunion auch nach 1956 nicht als kapitalistischer Staat betrachtet werden kann.

Wer behauptet, dass 1956 (oder zu einem anderen Zeitpunkt) die „Bürokratie“ an die Macht gekommen sei, muss zunächst einmal folgende Frage beantworten: Wo lag der grundlegende Unterschied zwischen der Bürokratie vor und nach 1956, sodass man von einem Wechsel der Produktionsverhältnisse und der politischen Macht sprechen kann? Allein durch einen personellen Führungswechsel und einen ideologischen Kurswechsel kann das nicht passiert sein. Im marxistischen Verständnis hängen politische und ökonomische Macht zwingend zusammen, d.h. der Aufstieg einer neuen Klasse zur Macht muss sich auch in grundlegenden ökonomischen Umwälzungen ausdrücken, so wie es bei den bürgerlichen Revolutionen oder der Oktoberrevolution der Fall war. Gerade diese grundlegenden Umwälzungen hat es aber 1956 und in den Folgejahren nicht gegeben, wie oben gezeigt wurde.

Manchmal ziehen sich die Vertreter der SKT darauf zurück, dass die Übernahme der Parteiführung durch eine revisionistische Gruppierung um Chruschtschow den Bruch mit dem Sozialismus und damit den Übergang zu einer Art Staatskapitalismus bedeutet habe. Diese Auffassung ist allerdings blanker Idealismus. Der Sozialismus ist nicht einfach ein System von Ideen, sondern eine Produktionsweise. Es können keine sinnvollen Aussagen über eine Gesellschaftsform getroffen werden, indem man sich nur auf die Ideen der politischen Führer bezieht.

Was war also die „Bürokratie“ in der Sowjetunion? Eigentümer der Produktionsmittel war sie nicht und damit auch keine eigene Klasse. Sie war ebenso wie die Industriearbeiter beim Staat angestellt. In jedem bisherigen Staat hat eine Bürokratie immer den Zielen und dem Charakter dieses Staates gedient, sie war also an eine bestimmte politische Programmatik mit bestimmtem Klasseninhalt gebunden. Dieser Inhalt ergibt sich aus der herrschenden Produktionsweise, auch wenn es dabei gewisse Spielräume für unterschiedliche Modelle und konkurrierende Fraktionen gibt. In der Sowjetunion war die herrschende Produktionsweise die zentrale Planwirtschaft, und der Erfüllung der Ziele dieser Wirtschaftsweise diente auch die Verwaltungsschicht.

Der Sozialismus ist für den Marxismus kein fertiger Zustand, sondern ein ständig fortschreitender Entwicklungsprozess. Die Sowjetunion bezeichnete sich selbst auch bewusst als sozialistisch und nicht als kommunistisch, um den Unterschied zwischen einem noch frühen Entwicklungsstadium der neuen Gesellschaft und dem Ziel der Entwicklung zu verdeutlichen. Dennoch ist hier bereits der Kapitalismus überwunden, die Produktionsmittel sind vergesellschaftet und werden nach einem zentralen Plan verwaltet. Diese Kriterien waren in der Sowjetunion bis Ende der 80er erfüllt. Dabei gab es zahlreiche Mängel, sowohl in der Planerstellung und -umsetzung, als auch in Fragen der proletarischen Demokratie und auf anderen Gebieten. Trotzdem war sie eine sozialistische Gesellschaft, ein Arbeiterstaat und eine zentrale Planwirtschaft, in der die Bedürfnisse der Gesellschaft, und dabei vor allem der Industriearbeiter und Bauern, das Ziel der Produktion waren. Da auch nach 1956 die grundlegenden Errungenschaften der Revolution erhalten blieben und in vieler Hinsicht sogar trotz revisionistischer Fehlorientierungen in anderen Fragen weiter ausgebaut wurden, wäre es weiterhin möglich gewesen, über politische und wirtschaftliche Reformen Mängel und Fehlentwicklungen zu korrigieren.

8. Schlussfolgerungen

Der Kapitalismus war in Russland bzw. der späteren Sowjetunion durch die Oktoberrevolution abgeschafft worden und erhob erst Ende der 1980er sein hässliches Haupt wieder. Innerhalb kürzester Zeit zerschlug die konterrevolutionäre Gruppe in der Parteiführung in den 80ern die Institutionen der sozialistischen Wirtschaftsplanung, erlaubte die Entstehung und Akkumulation von Kapital auf der Grundlage von Ausbeutungsbeziehungen und die Privatisierung des Volkseigentums. Die Folgen für die Bevölkerung waren verheerend. Nach 1956 war nichts Vergleichbares geschehen.

Die vermeintlich „antirevisionistische“ Haltung der Gruppierungen, die die Sowjetunion als „staatskapitalistisch“ und „sozialimperialistisch“ analysieren, erweist sich in Wirklichkeit selbst als revisionistisch. Grundlage dieser Thesen ist ein falsches und unzureichendes Verständnis davon, was Kapitalismus und Imperialismus sind. Wer meint, in der Sowjetunion „Kapitalismus“ zu entdecken, kann diese Position nur entweder aus völliger Unkenntnis der realen gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Staat, oder aber aus einem falschen, nicht-marxistischen Verständnis vom Kapitalismus heraus entwickelt haben.

Auch der Sozialismusbegriff, der hinter diesen Vorstellungen steht, ist falsch, da ihm moralisierender Begriff von Sozialismus als einer idealen Gesellschaft zugrunde liegt, wo nicht mehr die herrschende Produktionsweise als das entscheidende Unterscheidungsmerkmal herangezogen wird. Damit findet im Grunde ein Zurückfallen hinter den wissenschaftlichen Sozialismus, in utopische Sozialismusvorstellungen statt.

Weil diese Thesen selbst revisionistisch sind, haben sie zur Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Bewegung und der Verbreitung des Revisionismus in ihr nichts beizutragen. Im Gegenteil stehen sie gerade einer wissenschaftlichen und selbstkritischen Analyse der Geschichte des Kommunismus entgegen. Indem der sowjetische Sozialismus nicht mehr als solcher anerkannt wird, ist es auch unmöglich, die Fehler beim Aufbau dieses Sozialismus richtig zu analysieren und einzuordnen. Damit ist auch der Weg dahin versperrt, sich Gedanken für die Zukunft zu machen, wie solche Fehler vermieden werden können und wie auf bestimmte Probleme in Zukunft bessere Antworten gefunden werden können.

Politisch führen diese Thesen dazu, dass man dem ersten und wichtigsten proletarischen Staat der Geschichte die kritische Solidarität entzieht und sich in die bequeme Haltung zurückzieht, den sowjetischen Sozialismus nicht mehr gegen seine Feinde verteidigen zu müssen.

Die Sowjetunion stellte auch keinen „neuen Imperialismus“ dar, sondern blieb bis zu ihrer Zerschlagung durch die Konterrevolution ein Verbündeter der internationalen kommunistischen Bewegung, der revolutionären und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Kräfte auf der Welt.

Der Wiederaufbau der kommunistischen Partei kann nicht auf einer solch unwissenschaftlichen Grundlage wie der Staatskapitalismusthese erfolgen, sondern nur durch die wissenschaftliche Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus.

Literatur:

- Adam, Jan 1989: Economic Reforms in the Soviet Union and Eastern Europe since the 1960s, St. Martin's Press, New York.
- Bland, Bill 1995: The Restoration of Capitalism in the Soviet Union, online: <http://www.oneparty.co.uk/html/book/ussrindex.html>
- Bor, Mikhail 1967: Aims and Methods of Soviet Planning, Lawrence and Wishart, London.

- Crane, Keith 1986: The Soviet Economic Dilemma of Eastern Europe. A Project AIR FORCE report prepared for the United States Air Force.
- Dickhut, Willi 1988: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Neuer Weg Verlag und Druck GmbH Düsseldorf.
- Hanson, Philip 2003: The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945, New York.
- Höhmann, Hans-Hermann/Seidenstecher, Gertraud 1980: Partizipation im System der administrativen Planwirtschaft von UdSSR und DDR, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg): Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und der VR China, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, S. 9-52.
- Kommunistischer Aufbau 2016: Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, online unter: <http://komaufbau.org/restaurationdeskapitalismus/>
- Lenin, Wladimir: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22.
- Schroeder, Gertrude E. 1971: 'Soviet Economic Reform at an Impasse'. Problems of Communism, July-1971, S. 36-46.
- Statute on the Socialist State Production Enterprise (1966), Problems in Economics 8 (9), S. 11-26
- Szymanski, Albert 1979: Is the red flag flying? The Political Economy of the Soviet Union, Zed Press, London.